

und den vielen Bürgerinitiativen des Landes: Am 7. Oktober kamen weit über 200.000 Menschen unter dem Motto „La via maestra“ zur Verteidigung der Verfassung nach Rom: für Frieden und Demokratie, gegen die von Meloni angestrebten Reformen für die Autonomie der Regionen und ein Präsidialsystem. Am 28. Oktober forderten viele Tausende in Rom und am 10. Dezember in Assisi einen Waffenstillstand in Israel-Palästina. Am 17. November und Folgetagen gab es mehrere kurze Generalstreiks gegen das geplante Haushaltsgesetz und die weitere Verarmung der Arbeitenden, am 25. November folgten landesweite Großdemonstrationen der Frauen gegen Patriarchat und Gewalt, ausgelöst durch den – bis dahin – 109. „femminicidio“ (Frauen-Mord) des Jahres. Und nicht nur umweltbewusste „ambientalisti“ demonstrierten während der COP 28 im Dezember für radikale Veränderungen bei Klimapolitik und Warenproduktion. Die letzten Überschwemmungskatastrophen in der Romagna und der Toscana hatten Millionen Menschen in starke Mitleidenschaft gezogen, und 84% der kürzlich vom Censis Befragten sehen in der Klimakrise eines der dringendsten Probleme Italiens, was den im rechten Lager zirkulierenden negazionistischen Thesen entgegensteht.

Noch immer keine Zukunftsperspektive

Selbst ein grand commis wie der einstige Regierungschef Romano Prodi hat Mitte Dezember 2023 auf dem PD-Konvent in Rom nochmals angeprangert, dass die Verschlechterung der gesamten sozio-ökonomischen Situation Italiens zwar seit mehr als zehn Jahren als unhaltbar angesehen wird, aber bisher keine Auswirkung auf die Politik der jeweils regierenden Parteien hatte. Auch Melonis weiterhin unnachgiebige Sparpolitik beim Welfare, die im Staatshaushalt 2024 vorgesehenen Wohltaten für Wenige und die Milliarden für Militärausgaben und Mega-Projekte, wie z.B. die seit ewig umstrittene Brücke nach Sizilien (für gut 12 Mrd.€) lassen eine reale Zukunftsperspektive vermissen. Die aus Europa gewährten Gelder des PNRR für neue Projekte, die nach ursprünglicher Zielsetzung vor allem dem Süden zugute kommen sollten, verschwinden inzwischen – nach Melonis Neuverhandlungen in Brüssel – hinter einer Nebelwand aus widersprüchlichen An- und Absagen.

Sah der Soziologe Giuseppe de Rita schon 2010 das Land wie gefangen in einer Gegenwart, aus der Erinnerung und Zukunft ausgeblendet waren, so scheint das Attribut der „Schlafwandler“, das laut dem jüngsten 57. Censis-Bericht (Dezember '23.) die Italiener kennzeichnet, durchaus als passend, allerdings mehr für die Regierenden selbst, als für die Regierten. Nicht von ungefähr scheint die Metapher dem Romanzyklus von Hermann Broch von 1930 entlehnt, der den fortschreitenden Zusammenbruch der europäischen Kultur nachzeichnete, der damals zu Nationalsozialismus und Weltkrieg führte. Zwar scheint ein solcher Ausgang nicht unmittelbar bevorzuzustehen, aber das Gefühl, sich am Rande eines Abgrunds zu befinden, hat viele Menschen erreicht und führt die schweigende Mehrheit zur Resignation. Auch die regierenden Politiker scheinen eher hilflos angesichts der katastrophalen Aussichten auf weiteren Wirtschaftseinbruch, mitbedingt auch durch den absehbaren Bevölkerungsrückgang der Italiener bis 2050 und weitere Kriegsszenarien, die der Censis-Bericht untersucht und die der ernüchterte Ausblick des ISPI-Berichtes auf die zunehmend fragmentierte Weltsituation 2024 noch bestätigt.

Hatte man schon vor mehr als einem Jahrzehnt in Italien eine „desillusionierte, tief verunsicherte und geschwächte Gesellschaft, ohne Gesetz mehr, noch Verlangen“, (so der 44. Censis-Bericht zur Lage der Nation vom Dezember 2010) ausgemacht, die apathisch wirkte, so hat sich das noch weiter verstärkt. Diese Gesellschaft hat nämlich ihren seit den 90er Jahren gehegten Glauben an die

Wunderwirkung einer endlich effizienten politischen leadership längst eingeübt, scheint aber durch wachsenden medienvermittelten Konsum-Egoismus abgestumpft und unfähig geworden zu sein, aus eigener Kraft auf die Zumutungen einer Realität zu reagieren, die keine politischen Alternativen mehr aufzeigt.

Ein neuer Kulturkampf

Das hat neben politischen und sozialen auch kulturelle Folgen, und gerade auf diesem Gebiet entfacht die Meloni-Regierung seit ihrem Amtsantritt einen regelrechten Kulturkampf auf breiter Ebene.

Angetreten, jene vermeintliche „Hegemonie der Linken“ zu brechen, gegenüber der die politische Rechte über Jahrzehnte ein ausgeprägtes underdog-Syndrom entwickelt hatte, will sich Meloni jetzt endlich davon erlösen. Erste Schritte dahin waren die Neubesetzungen politischer und letzter staatswirtschaftlicher Führungspositionen mit ihren Anhängern (spoil-system), in einem nach bisherigen Regierungswechseln ungewöhnlichen Ausmaß. Inzwischen werden auch die meisten leitenden Posten im Bereich von Kulturinstitutionen, wie Museen, Bibliotheken, TV und in der Filmbranche neu vergeben.

Ein offener, leichter Neofaschismus 2.0 soll heute als fließende Verbindung von Populismus und Sovranismus zu einer neuen „Hegemonie“ avancieren. Dieser, von Antonio Gramsci entlehnte und hier pervertierte Begriff zeigt, dass sogar ein Gramsci – den die Faschisten 1926 einkerkeren, um sein ihnen gefährliches Gehirn auszuschalten – verflacht und eingeengt werden soll in das rechte Narrativ einer „ideologia italiana“. Eine solche Nationalkultur soll künftig die öffentliche Meinung beherrschen, in Talkshows wie in Universitäten und Schulen, an der Peripherie, wie auf den großen Plätzen des Landes. Auch das ist ein anderswo in Europa präsentenes Projekt, bei dem es auch in erster Linie um Symbole geht.

Zu wichtigen Symbolen gehören in Italien die Inhalte ideologisch geladener Begriffe wie Antifaschismus, Resistenza oder auch Feiertage, wie der der Befreiung 1945 am 25. April; es gibt also viele Gelegenheiten, um neue Sichtweisen der Rechten zu etablieren. Dafür fehlt es auch nicht an Vorlagen, wie z.B. die Resolution des EU-Parlamentes vom 19. September 2019 zur Schaffung eines „einheitlichen Geschichtsbewusstseins“, konzipiert für ganz Europa. Diese von allen EU-Parteien mit Ausnahme der kleinen Linksfraktion verabschiedete Resolution hat einen durchaus totalitären Anstrich. Mit Rückgriff auf die erneuerte Totalitarismus-Theorie werden die historischen Erfahrungen von Kommunismus und Faschismus gleichgesetzt – was einem „Auslöschung der Erinnerung“ (Luciana Castellina) gleichkommt. Dass damit auch die Geschichte des 2. Weltkriegs umgeschrieben wurde, steht im Kontext der schon Mitte der 80er Jahre in Deutschland erfolgten Veränderung des anti-nazistischen Koordinatensystems im sogenannten „Historikerstreit“. Das sollte damals der Stabilisierung des neuen Selbstverständnisses der BRD dienen und ihren Geburtsfehler, nämlich die Existenz und führende Rolle der Trägerschichten des Dritten Reiches beim Aufbau des demokratischen Verfassungsstaates nach 1949 verdecken bzw. relativieren. Für Europa impliziert das die Forderung nach Auslöschung des gesamten antifaschistischen Gedenkens, z.B. in Italien an die Opfer der Kommunisten in der Resistenza, einschließlich ihrer in der Öffentlichkeit präsenten Symbole und Straßennamen. Historische Komplexität soll durch einseitige Erinnerungskultur ersetzt und Geschichte von einem Studienobjekt, zu einem urteilenden Subjekt gemacht werden, das man je nach Erfordernis einsetzen kann. So soll z.B. nicht mehr der deutsche Überfall auf Polen als Beginn des 2. Weltkriegs gelten, sondern der deutsch-sowjetische Nichtangriffspakt, kurz Hitler-Stalin-Pakt genannt, der am 23.8.1939 unterzeichnet wurde, denn schließlich sei Hitler ja Stalin nur zuvor-